

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

16. WP - 66. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. März 2008, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)	Vorsitzender
Jürgen Feddersen (CDU)	i.V. von
Wilfried Wengler (CDU)	
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	i.V. von Peter Eichstädt
Thomas Hölck (SPD)	
Klaus-Peter Puls (SPD)	
Thomas Rother (SPD)	
Günther Hildebrand (FDP)	i.V. von Wolfgang Kubicki
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Ursula Sassen (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Situation und Entwicklung der Printmedien in Schleswig-Holstein	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/713	
2. Entwurf eines Gesetzes zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1824	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes	8
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1420	
4. a) Dopingbekämpfung im Sport	9
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1297	
b) Zur umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein	
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1010	
5. Landesbehindertengleichstellungsgesetz	10
Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel Umdruck 16/2905	

- 6. a) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** **11**
- Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1878
- b) Ärztliche Begutachtung von traumatisierten ausreisepflichtigen
Personen**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeord-
neten des SSW
Drucksache 16/1892
- 7. Kampfmittelablagern in der Ostsee** **12**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 161890
- (überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**
und den Umwelt- und Agrarausschuss)
- Verfahrensfragen
- 8. Privatisierung der Spielbanken Schleswig-Holstein** **13**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1834
- 9. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer
Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen** **14**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1887
- 10. Frauenpolitik in Schleswig-Holstein** **15**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der
SPD
Drucksache 16/1829 (neu)
- 11. Verschiedenes** **16**

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Situation und Entwicklung der Printmedien in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/713

(überwiesen am 1. Juni 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/1467, 16/1525, 16/1536, 16/1540, 16/1543, 16/1722,
16/1773, 16/1889, 16/1893 (neu), 16/1896, 16/1898,
16/1908, 16/2126

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Situation und Entwicklung der Printmedien in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/713, ohne weitere Aussprache einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1824

(überwiesen am 29. Februar 2008)

- Verfahrensfragen

hierzu: Umdruck 16/2914

Abg. Puls verweist auf die Einladung zur gemeinsamen Sitzung der Medienausschüsse der norddeutschen Bundesländer in Bremen am 29. April 2008 und schlägt vor, mit Rücksicht auf das für diese Sitzung vorgesehene Programm die Beratungen über den Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag bis nach dieser Sitzung zurückzustellen.

RD Dr. Caspar verweist auf das Schreiben der Deutsche Spielbanken Interessen- und Arbeitsgemeinschaft, Umdruck 16/2914, in dem Bedenken gegen § 8 a des Rundfunkstaatsvertrages geltend gemacht würden.

Abg. Hildebrand bittet um eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes zu den in der Stellungnahme geäußerten rechtlichen Bedenken. Er erklärt, seine Fraktion spreche sich außerdem dafür aus, eine schriftliche Anhörung zu dem Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag durchzuführen, diese könne man natürlich auch schon vor der gemeinsamen Sitzung der Medienausschüsse der norddeutschen Bundesländer in die Wege leiten.

Abg. Puls plädiert dafür, zunächst die gemeinsame Sitzung abzuwarten.

Herr Dr. Knothe führt zum zeitlichen Ablauf der Verabschiedung des Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages aus, es reiche aus, wenn die zweite Lesung des Gesetzentwurfs im Landtag in der Juli-Tagung erfolge, um ein fristgerechtes Inkrafttreten zu gewährleisten. Er weist außerdem darauf hin, dass die Länder bereits zwei große Anhörungen zu dem Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag durchgeführt hätten und bietet an, dem Ausschuss die Zusammenfassung der Ergebnisse, die durch Rheinland-Pfalz erarbeitet worden sei, vorzulegen. Darüber hinaus regt er an, über eine gemeinsame Beratung des Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages mit der sich in der Vorbereitung befindlichen Überarbeitung des Medienstaatsvertrages Hamburg Schleswig-Holstein nachzudenken.

Der Ausschuss beschließt, sich den Verfahrensvorschlägen anzuschließen, den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine Stellungnahme bis zur gemeinsamen Sitzung der Medienausschüsse der norddeutschen Bundesländer zu bitten und nach der Sitzung, der Vorlage des Gutachtens und der Zusammenfassung der von den Ländern durchgeführten Anhörungen zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag weiter zu beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1420

(überwiesen am 7. Juni 2007)

hierzu: Umdruck 16/2726, 16/2826

Abg. Puls schlägt vor, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, Drucksache 16/1420, noch einmal zurückzustellen und auch die abschließenden Beratungen zum Beamtenstatusgesetz im Bundesrat abzuwarten. Außerdem bittet er die antragstellende Fraktion zu prüfen, ob die in dem Gesetzentwurf angesprochene Gesundheitsproblematik nicht auch im Zusammenhang mit der durch das Beamtenstatusgesetz des Bundes erforderlich werdenden Neufassung des Landesbeamtengesetzes eingearbeitet werden könne.

Abg. Hentschel erklärt, seine Fraktion habe den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine Stellungnahme zu der vom Innenministerium in Umdruck 16/2726 vertretenen Auffassung gebeten, dass der Landesgesetzgeber aufgrund fehlender Gesetzgebungskompetenz rechtlich gehindert sei, eine eigene Regelung zu treffen. Er bittet, die Vorlage des schriftlichen Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes abzuwarten, bevor man in weitere Beratungen eintrete.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag von Abg. Hentschel zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

4. a) Dopingbekämpfung im Sport

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1297

(überwiesen am 9. Mai 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2048, 16/2049, 16/2062, 16/2065, 16/2099, 16/2101,
16/2104, 16/2129, 16/2164, 16/2170, 16/2179, 16/2180,
16/2217, 16/2219, 16/2221, 16/2225, 16/2345, 16/2417,
16/2703, 16/2897

b) Zur umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1010

(überwiesen am 1. Dezember 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss**
und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/1795, 16/1830, 16/1888, 16/1907, 16/1915, 16/1937,
16/1944, 16/2039, 16/2046, 16/2062, 16/2099, 16/2101,
16/2104, 16/2129, 16/2164, 16/2170, 16/2178, 16/2179,
16/2180, 16/2217, 16/2218, 16/2221, 16/2224, 16/2225,
16/2417, 16/2897

Abg. Hentschel gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass eine Einigung zu den Punkten 1 und 3 des Antrages, Drucksache 16/1297, mit allen Fraktionen erzielt werden könne. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe nach Auswertung der Anhörung einen Änderungsvorschlag zum Punkt 1 vorbereitet, Umdruck 16/2703.

Der Ausschuss beschließt, seine Beratungen zu den beiden Vorlagen in seiner Sitzung am 16. April 2008 fortzusetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel
Umdruck 16/2905

hierzu: Umdruck 16/2536

Abg. Hentschel weist darauf hin, dass der Innen- und Rechtsausschuss in seiner Sitzung am 8. Oktober 2007 den Wissenschaftlichen Dienst mit der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs beauftragt habe, mit dem die Anbindung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung an den Landtag erfolge. Dieser Gesetzentwurf liege jetzt mit Umdruck 16/2536 vor. Da alle Fraktionen das Vorhaben bisher unterstützt hätten, gehe er davon aus, dass man jetzt diesen Gesetzentwurf gemeinsam in den Landtag einbringen könne.

Abg. Puls schlägt vor, zur April-Tagung des Landtages einen interfraktionellen Antrag auf der Grundlage des Vorschlags des Wissenschaftlichen Dienstes auf den Weg zu bringen.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1878

b) Ärztliche Begutachtung von traumatisierten ausreisepflichtigen Personen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1892

(überwiesen am 27. Februar 2008)

- Verfahrensfragen -

Abg. Puls stellt fest, dass die beiden vorliegenden Anträge der Abgeordneten des SSW und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Ergebnis der Auswertung der fast ein Jahr lang andauernden Beratungen zu diesen Themen im Innen- und Rechtsausschuss seien. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Rede des Innenministers im Plenum zu dem Antrag „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“, in der dieser festgestellt habe, dass das Land hinsichtlich einer Festlegung eines Clearingverfahrens keine Zuständigkeit habe und die zuständigen kommunalen Träger die Einführung eines Clearingverfahrens abgelehnt hätten. Der Innenminister halte darüber hinaus die Einführung einer starren Regelung für nicht erforderlich. Auch die SPD-Fraktion sehe daher eine verbindliche Festlegung skeptisch.

Den ersten Absatz in der Drucksache 16/1878 (neu), Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, dass die minderjährigen Flüchtlinge in Obhut zu nehmen seien, halte er nicht für beratungsfähig, da dies eine Selbstverständlichkeit darstelle.

Abg. Hentschel informiert darüber, dass sich die drei Antragsteller darauf verständigt hätten, die Vertagung der Beratung zu den beiden Anträgen zu beantragen, da zurzeit noch Gespräche stattfänden, die möglicherweise zu einer Erledigung der Anträge führen könnten. Dies geschehe auch in Absprache mit dem Flüchtlingsbeauftragten des Landtages.

Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag von Abg. Hentschel zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Kampfmittelablagerung in der Ostsee

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1890

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Umwelt- und Agrarausschuss)

- Verfahrensfragen

Abg. Puls schlägt vor, den Innenminister zu bitten, bezogen auf die einzelnen Punkte des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vor dem Hintergrund der Pressemeldungen, dass es vor Ort große Befürchtungen wegen einer Gefährdung der Bevölkerung durch die Kampfmittelablagerungen gebe, vor dem Ausschuss Stellung zu nehmen. Er schlägt vor, hierzu eine gemeinsame Sitzung mit dem beteiligten Umwelt- und Agrarausschuss durchzuführen.

Abg. Hentschel stimmt dem Verfahrensvorschlag zu, regt darüber hinaus aber auch an, eine fachliche Anhörung zum Thema Kampfmittelablagerungen in der Ostsee durchzuführen. Hierzu sollte seiner Meinung dem Umwelt- und Agrarausschuss Gelegenheit gegeben werden. Vielleicht könne man diese Anhörung mit dem Bericht des Innenministers verbinden.

Auch Abg. Hildebrand spricht sich für eine Erweiterung der Stellungnahme des Innenministers zu einer umfassenderen Anhörung, unter anderem auch mit betroffenen Fischern, aus.

Abg. Puls plädiert für ein zweistufiges Verfahren, nämlich zunächst die Stellungnahme des Innenministers einzuholen und dann zu einer mündlichen Anhörung in einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag von Abg. Puls zu und nimmt in Aussicht, im Anschluss an seine Sitzung am 19. März 2008 eine gemeinsame Sitzung mit dem Umwelt- und Agrarausschuss durchzuführen, in der der Innenminister mündlich zu den aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kampfmittelablagerungen in der Ostsee, Drucksache 16/1890, Stellung nimmt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Privatisierung der Spielbanken Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1834

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und
Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt, die Festlegung des weiteren Beratungsverfahrens dem federführenden Finanzausschuss zu überlassen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1887

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen

Der Ausschuss beschließt, sich dem Verfahren des federführenden Finanzausschusses anzuschließen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/1829 (neu)

(überwiesen am 28. Februar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Die Ausschussmitglieder beschließen, zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Frauenpolitik in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1829 (neu), zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Sie nehmen außerdem in Aussicht, im September 2008 auch zu einer mündlichen Anhörung zu dieser Vorlage einzuladen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hentschel bittet darum, die Gesetzentwürfe der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Regelung von Nebentätigkeiten im Abgeordnetengesetz und in den Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Drucksachen 16/1665 und 16/1668, in einer der nächsten Sitzungen zur Beratung aufzurufen. - Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Vorlagen in seiner Sitzung am 16. April 2008 auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Ausschuss beschließt weiter, die für die Sitzung am 16. April 2008 vorgesehenen Berichte des Innenministers zur Evaluation der Reformkommission III und der Strategie 2012 wegen der zeitgleich stattfindenden Innenministerkonferenz zu verschieben.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, die für Ende des Jahres vorgesehene Ausschussreise nach Berlin auf das Frühjahr 2008 zu verschieben.

Außerdem legen die Ausschussmitglieder ihre Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2008, Umdruck 16/2923, fest.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 14:47 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin